

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 21.06.2007 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Wiesmann

Borken

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt
Eckart Ballenthin	Stadtlohn
Bernd Bense	Schöppingen
Hubert Bestert	Südlohn
Barbara Büscher	Stadtlohn
Karlheinz Busen	Gronau
Heidi Buskase	Gronau
Angelika Dannenbaum	Ahaus
Dietmar Eisele	Ahaus
Hans-Georg Fischer	Ahaus
Sven Gabbe	Gronau
Magdalene Garvert	Rhede
Heinz Gerwens	Borken
Veronika Giesing	Isselburg
Hermann Horstick	Gescher
Hans Hund	Bocholt
Markus Jasper	Heek
Irmgard Kerkhoff	Rhede
Johannes Kisfeld	Stadtlohn
Anne König	Borken
Bernhard Krasenbrink	Bocholt
Berthold Langehaneberg	Legden
Paul Lensing	Borken
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Gerhard Ludwig	Borken
Johannes Maus	Velen
Klaus Meyermann	Bocholt
Josef Osterhues	Ahaus
Hans Theo Peschkes	Bocholt
Stephanie Pohl	Gescher
Gerhard Preister	Gronau
Uta Röhrmann	Bocholt
Maja Saatkamp	Borken
Bernd Schlippsing	Vreden
Rudolf-Josef Schmitz	Heek
Werner Schnappenberger	Borken

Bernd Schöning	Stadtlohn
Markus Schulte	Gronau
Ursula Schulte	Vreden
Friedel Sebastian	Raesfeld
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus
Silke Sommers	Bocholt
Winfried Sperlbaum	Borken
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Richard Temminghoff	Raesfeld
Heinz-Josef Tönnies	Heiden
Bernhard Völkering	Gronau
Clemens Voß	Schöppingen
Gabriele Wahle	Ahaus
Heinrich Weddeling	Südlohn
Friedhelm Weikamp	Rhede
Holger Weiß	Bocholt
Gertrud Welper	Vreden
Ursula Zurhausen	Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Burkhard Venhues
Ramona Bülsing

Es fehlen entschuldigt:

Roman Cebaus	Stadtlohn
Manfred Epping	Schöppingen
Gerhard Temminghoff	Vreden

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Der neue Kreistagsabgeordnete Heinz Gerwens wird durch Landrat Gerd Wiesmann auf folgende Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Die FDP-Fraktion stellt Kreistagsabgeordneten Bernd Schöning als ihren neuen Fraktionsvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Karlheinz Busen als seinen Stellvertreter vor.

Landrat Gerd Wiesmann stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp beantwortet die von Frau Irmgard Honerbom, Heiden, gestellte Einwohnerfrage. Die Antwort werde in schriftlicher Form dem Protokoll beigelegt (**Anlage 1**).

Frau Honerbom berichtet im Rahmen einer Zusatzfrage von einem Kindergarten, in dem ab dem kommenden Kindergartenjahr fünf Kinder mit integrativem Bedarf aufgenommen werden sollten und bittet um Informationen zu den Konsequenzen bei der Personalstruktur und deren Finanzierung.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp antwortet, der Regelfall sehe für maximal drei Kinder zusätzliche Personalstunden (bei drei Kindern, 38,5 Stunden) vor. In einzelnen Fällen, z.B. wenn der Förderbedarf eines Kindes erst während der Betreuung im Kindergarten deutlich werde, könne es vorkommen, dass bis zu fünf Kinder mit integrativem Bedarf betreut werden müssten. Der Fachbereich Jugend und Familie überprüfe dann in Abstimmung mit dem Fachbereich Gesundheit, ob die Betreuung leistbar sei bzw. ob die Betreuung aller Kinder in der Kindertageseinrichtung noch optimal gewährleistet werden könne. Ein Einrichtungswechsel solle hierbei vermieden werden. Die zusätzlichen Personalkosten würden zur Hälfte gemeinsam mit den Betriebskosten für den Regelbetrieb der Einrichtungen abgerechnet. Für die weitere Hälfte setze das Landesjugendamt in Münster einen Pauschalbetrag fest. Eine personelle Veränderung/ Aufstockung über die Vollzeitstelle der pädagogischen Zusatzkraft hinaus sei nach den Förderrichtlinien des Landesjugendamtes nicht möglich.

Punkt 2: Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag und den Kreisausschuss Vorlage: 0081/2007

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Beschluss: einstimmig

Kreisinspektorin z.A. Ramona Bülsing wird als Nachfolgerin für Kreisinspektorin Kirsten Tenspolde zur stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag und den Kreisausschuss bestellt.

Punkt 3: Entwurf des Jahresabschlusses 2006
Vorlage: 0094/2007

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp weist darauf hin, dass sich der Jahresabschluss – wie in anderen Kreisen auch – wegen der Umstellung auf NKF und der damit verbundenen Anforderungen an die EDV verzögern werde.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 4: Errichtung eines interkommunalen Bauhofes in Nordvelen

- **Vorlage: 0124/2007**
- **Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2007**

Vorlage: 0099/2007

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues weist auf die veränderten Rahmenbedingungen für die Errichtung eines interkommunalen Bauhofes hin. Die Gemeinde Velen befürworte inzwischen eine eigene Lösung, so dass nur noch die Stadt Gescher für die Kooperation zur Verfügung stehe. Erforderlich sei eine Entscheidung darüber, die Planungen auf der Basis der bisherigen Grundsatzbeschlüsse fortzuführen.

Kreistagsabgeordnete Schulte entgegnet, sie halte es angesichts der neuen Situation für angezeigt, den Bauhof nicht zu verkaufen und auf die Errichtung eines Krisenzentrums zu verzichten. Sie kritisiere, die vorgelegten Zahlen seien zunächst nur geschätzt und böten daher keine Entscheidungsgrundlage, ob sich die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Lösung rechne. Der Kreis Borken verfüge über einen funktionierenden Bauhof, der sich auch als Krisenzentrum bewährt habe. Sie schlage vor, die Arbeitsabläufe zu optimieren und die bereits bestehende Zusammenarbeit mit der Stadt Gescher weiterzuführen. Sie bitte darzustellen, wie die derzeitige Zusammenarbeit mit der Stadt Gescher in Bauhofangelegenheiten aussehe.

Kreistagsabgeordneter Horstick unterstreicht mit Verweis auf den im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen am 13.06.07 gefassten Beschluss, bereits seit 2002 gebe es laufende Bemühungen um einen neuen Bauhof. Partner der ersten Stunde sei die Stadt Gescher gewesen, die aufgrund der bisherigen Beschlüsse bereits ihre Planungen an die Entwicklung angepasst habe. Auch im Hinblick auf die Interessen der Stadt Gescher spreche er sich dafür aus, die Planungen fortzuführen. In einer der nächsten Kreistagssitzungen könne anhand der dann vorzulegenden Kalkulation, für deren Erstellung ein angemessener Zeitrahmen zuzugestehen sei, abschließend entschieden werden.

Kreistagsabgeordneter Eisele teilt mit, er unterstütze den Vorschlag der Verwaltung grundsätzlich. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr, als sich die Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN enthalten habe, seien nun Synergievorteile absehbar.

Kreistagsabgeordneter Kisfeld teilt mit, die UWG-Fraktion halte an der grundsätzlichen Kritik gegenüber den Plänen um einen neuen Bauhof fest. Die Entscheidungen der Stadt Stadtlohn und der Gemeinde Velen, jeweils eigenen Bauhöfe zu errichten, wiesen auf die auch für den Kreis Borken wirtschaftlichste Lösung hin, auf einen interkommunalen Bauhof zu verzichten. In diesem Zusammenhang bitte er, die Synergieeffekte durch die Verlagerung der Kfz-Werkstatt nach Gescher zu benennen. Eine Optimierung des bisherigen Krisenzentrums könne mit geringen Investitionen erreicht werden. Er kritisiere, bis heute lägen weder ein Gutachten zur Wirtschaftlichkeit, noch Zahlen in anderer Form vor. In Anbetracht dessen müsse auch die Befürwortung der Gemeindeprüfungsanstalt zur Errichtung eines interkommunalen Bauhofes entsprechend kritisch gesehen werden.

Kreistagsabgeordneter Schöning stellt heraus, die FDP-Fraktion werde sich bis zur Vorlage eines Zahlenwerkes bei der Abstimmung enthalten. Prognostizierte Synergieeffekte von 6.000,00 EUR jährlich könnten nicht überzeugen.

Kreistagsabgeordneter Steiner ergänzt, es sei problematisch, dass keine öffentliche Ausschreibung, sondern eine Freihandvergabe als Mietkauf geplant sei.

Beschluss:

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Er stellt Einvernehmen fest, über die einzelnen Antragspunkte getrennt abzustimmen.

1. Der Plan, einen interkommunalen Bauhof zu errichten, wird aufgegeben.

18 Ja-Stimmen
40 Nein-Stimmen

2. Der Kreisbauhof wird nicht verkauft.

18 Ja-Stimmen
40 Nein-Stimmen

3. Die Verwaltung legt dem Kreistag ein Konzept zur weiteren Nutzung des Kreisbauhofes vor.

12 Ja-Stimmen
40 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

4. Auf die Errichtung eines Krisenzentrums für Großschadensereignisse im Veterinärbereich wird verzichtet.

12 Ja-Stimmen
40 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über die Beschlussvorlage der Verwaltung in der Fassung der vom Ausschuss für Verkehr und Bauwesen am 13.06.2007 gegebenen Empfehlung abstimmen.

36 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen interkommunalen Bauhof am bisherigen Standort in Nordvelen auf der Basis einer Zweierlösung mit der Stadt Gescher fortzuführen. Eine Beteiligung der Gemeinde Velen am Projekt wird weiterhin befürwortet.

Dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen, Kreisausschuss und Kreistag ist eine Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine Zweierlösung vorzulegen.

Punkt 5: Ergänzungsvertrag zum Entsorgungsvertrag vom 26.09.1994 über Planung, Bau und Betrieb eines Kompostwerkes
Vorlage: 0107/2007

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreistagsabgeordneter Schmitz beantragt, die Entscheidung über die Vorlage auf die Sitzung am 15.11.2007 zu vertagen, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Landrat Gerd Wiesmann lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss: einstimmig
 bei 6 Enthaltungen

Die Entscheidung über

die Zustimmung zum Ergänzungsvertrag zum Vertrag über Planung, Bau und Betrieb eines Kompostwerkes einschl. Anlagen

wird auf die Kreistagssitzung am 15.11.2007 vertagt.

Punkt 6: Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte der Kreise Borken und Wesel
Vorlage: 0102/2007

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Kreistagsabgeordnete Schulte spricht sich entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion (TOP 7) dafür aus, in einem ersten Schritt die EGW zu beauftragen, einen Bericht über die Arbeit des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel vorzulegen.

Kreistagsabgeordneter Voß gibt an, die UWG-Fraktion könne den Verband mit den derzeit vorliegenden Informationen nicht bewerten. Daher werde sie sich bei diesem Punkt heute enthalten und dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp bittet um weitergehende Informationen über die Ablagerung von MVA-Schlacken. Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues stellt eine Beantwortung durch die EGW in Aussicht (**Anlage 2**).

Kreistagsabgeordnete Garvert berichtet, das Abfallwirtschaftskonzept sei im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Es sei ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich. Zusätzlich sei eine Weiterarbeit mit dem Kreis Wesel auch vor dem Hintergrund der Änderung des § 107 GO NRW sinnvoll.

Kreistagsabgeordneter Schöning erklärt, nach dem vorgelegten Gutachten sei der Kreis Borken sehr gut aufgestellt. Bilaterale Verträge, wie sie zum Beispiel mit dem Kreis Warendorf existierten, seien ausreichend und der Abfallwirtschaftsverband daher nicht erforderlich.

Kreisdirektor Haßenkamp verdeutlicht, ein Vorteil für den Verband seien die unterschiedlichen Entsorgungsgebiete mit ihren sich ergänzenden Konzepten und Anlagen.

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, nicht alle Erwartungen an den Abfallwirtschaftsverband hätten sich erfüllt. Dennoch ermögliche der Verband bei geringen Kosten verschiedene geschäftliche Optionen.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin stellt heraus, beim Abfallwirtschaftskonzept handle es sich um einen verfahrenseinleitenden Beschluss. Die Städte und Gemeinden seien zunächst anzuhören, bevor dann im November weitergehend beraten werden könne.

Beschluss: 45 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

1. Der Kreistag stimmt dem der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte für die Kreise Borken und Wesel für die Jahre 2007 - 2011 zu.
2. Dem vorgeschlagenen Verfahren zum Erlass der Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Beteiligungsverfahren für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einzuleiten.

**Punkt 7: Abfallwirtschaftsverband Borken-Wesel; Abfallgebühren
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2007
Vorlage: 0097/2007**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die bereits erfolgte Diskussion dieses Tagesordnungspunktes im Rahmen des vorangegangenen Punktes hin.

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreistag fordert die EGW auf, rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen einen Bericht über die Zusammenarbeit im Abfallwirtschaftsverband Borken – Wesel vorzulegen.
2. Der Kreistag fordert die EGW auf, ihre Vorstellungen über noch mehr Transparenz bei der Gestaltung der Müllgebühren darzulegen.

**Punkt 8: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Borken und der Stadt Münster zur Übernahme von Abfällen der Stadt Münster aus Einrichtungen des Gesundheitswesens
Vorlage: 0106/2007**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Landrat Gerd Wiesmann stellt in Aussicht, den Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sowie die Antworten der EGW dem Protokoll beizufügen (**Anlage 3**).

Beschluss: 54 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

1. Der Kreistag stimmt der Zusammenarbeit mit den Abfallwirtschaftsbetrieben der Stadt Münster bei der Übernahme von Abfällen der Stadt Münster aus Einrichtungen des Gesundheitswesens und der hierzu erforderlichen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Borken und der Stadt Münster abzuschließen.

Punkt 9: Besetzung von Schulleitungsstellen an den Berufskollegs und den Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Borken
Vorlage: 0116/2007

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreisausschuss wird für die Zustimmung des Schulträgers zu der gewählten Bewerberin oder dem gewählten Bewerber gemäß § 61 Abs. 4 Schulgesetz NRW als zuständiges Gremium benannt.
2. Als stimmberechtigtes Mitglied des Schulträgers wird der Landrat/ die Landrätin, stellvertretend das für die Schulen verantwortliche Vorstandsmitglied oder der/die Leiter/in des Fachbereichs Schule, Bildung, Kultur und Sport, entsandt.
3. Als beratende Mitglieder des Schulträgers werden der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende des zuständigen Fachausschusses sowie der/die Leiter/in des Fachbereichs Schule, Bildung, Kultur und Sport bzw. sein/e Vertreter/in im Amt in die Schulkonferenz entsandt.

Punkt 10: Bürgerarbeit
• **Vorlage: 0132/2007**
• **Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2007**
Vorlage: 0100/2007

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen zu.

Über mögliche Instrumente zur Einbindung der Zielgruppe für den „Dritten Arbeitsmarkt“ aus dem Rechtskreis SGB II soll im Rahmen der Budget- und Maßnahmeplanung 2008 entschieden werden.

Punkt 11: Situationsbericht zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellensituation
• **Vorlage: 0131/2007**
• **Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2007**
Vorlage: 0112/2007

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert, die Situation um die Jugendarbeitslosigkeit und die Lehrstellen sei besser als im Vorjahr. Probleme gebe es aber weiterhin. So werde es auch in diesem Jahr Jugendliche geben, die – aufgrund erfolgloser Lehrstellensuche – eine rein schulische Ausbildung an einem der Berufskollegs absolvierten. Insbesondere bereiten auch die ausbildungssuchenden Jugendlichen im Rechtskreis SGB II Sorge: etwa die Hälfte der Stellen, die diesem Personenkreis angeboten worden seien, seien nicht angetreten worden.

Kreistagsabgeordnete Schulte bittet zu klären, weshalb es im Vergleich zu anderen Regionen im Kreis Borken weniger häufig gelinge, die Schülerinnen und –schüler von Berufskollegs in ein Ausbildungsverhältnis zu vermitteln. Sie bitte zusätzlich, im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit über den Umsetzungsstand beim Aufbau des KAB-Projektes „Ausbildungspatenschaften im Kreis Borken“ zu berichten. Darüber hinaus sehe sie bei den Hauptschulabsolventen eine weitere Problemgruppe.

Kreistagsabgeordneter Schöning fügt hinzu, er spreche sich – insbesondere im Hinblick auf die Problematik um unversorgte Hauptschulabsolventen – für verstärkte Bemühungen der Schulen aus, Unternehmer und Jugendliche zusammenzuführen. Er werbe darüber hinaus für einen erleichterten Gesellenbrief, der weniger hohe Anforderungen an die Auszubildenden stelle und den Schülerinnen und Schülern so eine abgeschlossene Berufsausbildung erleichtere.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp weist auf derzeit diskutierte Projekte des Kreis Borken zur Stärkung von Schülerinnen- und Schülern von Hauptschulen hin.

Kreistagsabgeordneter Eisele betont, neben der Stärkung von Hauptschulabsolventen sei auch eine höhere Abiturquote notwendig, da diese im Kreis Borken bisher weit unter dem Durchschnitt liege.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt eine Antwort auf die Frage von Kreistagsabgeordnete Saatkamp zu, ob das Sonderprogramm Ausbildung auch in 2008 finanziert werde.

Antwort: Nach bisherigen Informationen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW wird das Sonderprogramm Ausbildung im Jahr 2007 nicht neu aufgelegt, d.h. für weitere Ausbildungsplätze im Rahmen des Programms werden in diesem Jahr keine Mittel zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2008 sind bislang keine Aussagen getroffen worden.

Kreistagsabgeordneter Stilkenbäumer teilt mit, er halte die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit im Kreis Borken für erfreulich und danke Kreisdirektor Werner Haßenkamp und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Service-Punktes-Arbeit für ihr Engagement. Der Erfolg in den Kreisen Borken und Coesfeld, die die niedrigsten Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen aufwiesen, sei auch auf das Optionsmodell zurückzuführen. Dennoch seien im Hinblick auf die sog. „unversorgten Bewerber“ weitere Anstrengungen nötig. Er bitte, im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu berichten, in welcher Form sie begleitet würden.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Konsens fest, dass der Kreistag von der Wirtschaft im Kreis Borken erwarte, sich der Ausbildungsproblematik zu stellen und über Bedarf Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 12: Klimaschutz - Nutzung regenerativer Energien auf kreiseigenen Gebäuden
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2007
Vorlage: 0127/2007

Berichterstatter/in: Stv. Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnes

Kreistagsabgeordneter Tönnes betont, Ziel des Antrages sei eine aktive Beteiligung des Kreises Borken an der Reduzierung der Treibhausgase.

Kreistagsabgeordnete Welper führt aus, sie unterstütze den Antrag und macht zugleich deutlich, dass entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 29.03.2007 weitere Maßnahmen folgen müssten. So stehe noch ein Bericht über bereits realisierte und mögliche Maßnahmen zum Klimaschutz aus.

Kreistagsabgeordneter Weddeling erklärt, die UWG-Fraktion befürworte den Antrag. In der Vergangenheit habe sie selbst ohne Erfolg entsprechende Anträge gestellt.

Kreistagsabgeordneter Schöning kritisiert, vor Antragstellung hätte der Maßnahmenkatalog der Verwaltung abgewartet werden sollen. Darüber hinaus sehe er in einem entsprechend des Beschlussvorschlages verwirklichten Betrieb von Photovoltaik-Anlagen durch den Kreis Borken eine nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW unzulässige wirtschaftliche Betätigung.

Landrat Gerd Wiesmann schlägt eine Umformulierung zu einem Prüfauftrag vor und stellt eine rechtliche Prüfung in Aussicht.

Beschluss: einstimmig

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Errichtung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien auf kreiseigenen Gebäuden zu prüfen. Anschließend ist hierüber im Kreistag zu berichten.

Punkt 13: Weiterführung des Projektes "Leben im Alter neu denken"
Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2007
Vorlage: 0126/2007

Berichterstatter/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Der Antrag wird an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit verwiesen.

Punkt 14: Umbesetzung im Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann
Antrag der UWG-Fraktion vom 30.05.2007
Vorlage: 0125/2007

Berichterstatter/in: Fraktionsvorsitzender Clemens Voß

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzung im Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann:

Ordentliches Mitglied: Ursula Fischer, Dille 8, 48734 Reken,
Stellvertretung: Angelika Dannenbaum, von Martels-Str. 14, 48683 Ahaus.

Punkt 15: Geplanter Ticketverkauf für Bus und Bahn in den Bürgerbüros der Kommunen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2007
Vorlage: 0128/2007

Berichterstatter/in: Stv. Fraktionsvorsitzender Dietmar Eisele/
Heinz Kretschmann

Kreistagsabgeordneter Eisele stellt heraus, der Antrag solle vornehmlich im Schienenpersonennahverkehr Wirkung entfalten. Der Ticketverkauf für den übrigen Personennahverkehr sei unproblematisch.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, mit interessierten Städten und Gemeinden, den betroffenen Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbänden und dem ZVM die Einrichtung von kommunalen ÖPNV-Ticket-Verkaufsstellen zu prüfen. Über das Ergebnis wird in der nächsten Ausschusssitzung berichtet.

Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 16.1: Ausrichtung der Regionale 2013 bzw. 2016

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues berichtet, die im Rahmen der „ZukunftsLAND-konferenz“ am 11. und 12.05.07 auf Burg Vischering in Lüdinghausen für die REGIONALE-Bewerbung ausgearbeiteten Ziele und Themen seien während einer Informationsveranstaltung am 04.06.07 einem breiten Publikum vorgestellt worden. Zur Bewerberregion „ZukunftsLAND – die REGIONALE im Münsterland“ zählten neben allen Städten und Gemeinden der Kreise Borken und Coesfeld, die Städte Selm und Werne aus dem Kreis Unna, die Städte Dorsten und Haltern am See aus dem Kreis Recklinghausen sowie die Stadt Hamminkeln und die Gemeinden Hünxe und Schermbeck aus dem Kreis Wesel. In der kommenden Woche würden die Landräte der Kreise Borken und Coesfeld zusammen mit drei Bürgermeistern dem Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Wohnen NRW eine aussagekräftige Bewerbung übergeben. Damit sei die erste Stufe des zweistufigen Bewerbungsverfahrens abgeschlossen. Das Ministerium treffe dann eine Auswahl. Die verbleibenden Bewerberregionen müssten in einem zweiten Schritt konkrete Projektideen entwickeln.

Punkt 16.2: Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp informiert, der Landtag habe eine Änderung des AG SGB II beschlossen. Gegenüber den Planungen gebe es eine Verbesserung von 4,6 Mio. Euro, die jeweils hälftig an die Kommunen und Kreise verteilt werde. Eine detaillierte Information der Bürgermeister werde noch erfolgen.

Punkt 17: Anfragen

**Punkt 17.1: Betreuung behinderter Kinder
Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.05.2007
Vorlage: 0101/2007**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Landrat Gerd Wiesmann weist darauf hin, dass die Antwort auf die Anfrage ausgelegt sei und dem Protokoll beigefügt werde (**Anlage 4**).

**Punkt 17.2: Bericht über die Versorgung der Hauptschulen im Kreis Borken mit Lehrkräften sowie über den Unterrichtsausfall an diesen Schulen
Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.04.2007
Vorlage: 0073/2007**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Landrat Gerd Wiesmann weist darauf hin, dass die Antwort auf die Anfrage ausgelegt sei und dem Protokoll beigefügt werde (**Anlage 5**).

Punkt 17.3: Integrative Betreuung von Kindern

Kreistagsabgeordnete Schulte bittet mit Bezug auf die Einwohnerfrage um Mitteilung, ob ein Kind mit Behinderung eine geeignete Grundschule in einem anderen Ort besuchen könne, wenn im Wohnort keine für eine integrative Unterrichtsform geeignete Schule zur Verfügung stehe.

Kreistagsabgeordneter Schmitz möchte ergänzend wissen, inwieweit die Schulen selbst Einfluss auf die Aufnahme von Kindern mit Behinderung hätten.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp stellt eine Beantwortung der Fragen mit dem Protokoll in Aussicht (**Anlage 6**).

Ende des öffentlichen Teils

gez.

Gerd Wiesmann

gez.

Ramona Bülsing